Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Dezernat, Dienststelle
V/56

Vorlagen-Nummer 05.05.2021
1232/2021

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Soziales und Senioren	27.05.2021

Aktuelle Entwicklung im Objekt Gummersbacher Str. 25

Die Verwaltung teilt zur aktuellen Entwicklung des Projektes „Obdachlose mit Zukunft (OMZ)“ das Folgende mit:

Historie:

Im März 2020 wurde von ca. 30 Personen ein leerstehendes Gebäude an der Marktstraße 10 (Bonner Straße 120) besetzt. Das ehemalige Verwaltungsgebäude befand sich auf einem Gelände innerhalb des Stadtplanungs-Projekts "Parkstadt Süd“.

Der Rat fasste am 29.06.2020 die Resolution, dass auf eine Räumung des besetzten Gebäudes bis zum Beginn der Abbrucharbeiten verzichtet wird und dass das im Eigentum der Stadt befindliche Gebäude den Hausbesetzer*innen für das Selbsthilfeprojekt „Obdachlose mit Zukunft (OMZ)“ zur Verfügung gestellt werden soll.

Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, den dort lebenden Menschen bis zum endgültigen Abbruchtermin eine Alternative, gegebenenfalls auch als Interim zur Verfügung zu stellen, damit das selbstverwaltete Wohnprojekt fortgeführt werden kann.

Die Gruppe "Obdachlose mit Zukunft (OMZ)“ ist mit Unterstützung der Verwaltung im Januar 2021 in ein von der Stadt Köln bereitgestelltes Gebäude an der Gummersbacher Straße 25 gezogen. Dieses Gebäude wurde bis zu diesem Termin zur Unterbringung wohnungsloser Menschen genutzt.

Das Gebäude wurde durch die Verwaltung vor dem Bezug hergerichtet und mit Etagenküchen ausgestattet. Die Gruppe selbst hat einige Renovierungen - wie etwa Malerarbeiten etc. - in Eigenregie durchgeführt. Die Materialien wurden durch das Amt für Wohnungswesen zur Verfügung gestellt.

Das besetzte Gebäude an der Marktstraße 10 (Bonner Straße 120) wurde zwischenzeitlich vollständig niedergelegt.

Aktuelle Situation:

An der Gummersbacher Straße 25 stehen für die Bewohner*innen neben einzelnen kleinen Wohnungen auch verschiedene Gemeinschaftsräume zur Verfügung, die aber von der Größe her nicht geeignet sind, ein sogenanntes Plenum (Vollversammlung) des OMZ durchführen zu können. Die Verwaltung prüft derzeit mit einem Architektenbüro die Umsetzbarkeit einer Versammlungsmöglichkeit durch das Aufstellen eines festen Zeltes auf dem Außengelände.

Bereits kurz nach Umzug in die Gummersbacher Straße 25 zeigte sich, dass die Grundidee von OMZ, ein selbstverwaltetes Wohn- und Beschäftigungsangebot für wohnungslose Menschen, von immer weniger dort lebenden Menschen weiterverfolgt oder sogar aktiv gelebt wurde.

Unkontrollierte Zu und Abgänge innerhalb der Bewohnerschaft veränderten den Gruppenzusammenhalt und eine gemeinsame Zielverfolgung trat in den Hintergrund.

Es treten vermehrt Probleme innerhalb der Bewohnerschaft und/oder mit der Nachbarschaft auf. Darüber hinaus ist in dem Gebäude selbst und auch auf dem Außengelände die Verkehrssicherheit nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben. Es bestehen regelmäßig Brandlasten sowie größere Mengen an Müll, der selbständig durch die Bewohnerschaft nicht entsorgt wird.
Die Feuerwehrzufahrten werden mit eigenen Fahrzeugen blockiert. Durch die Tafel angelieferte Lebensmittel wurden im Außengelände stehengelassen und vergammelten.

Die Bewohner*innen verfolgen nach Einschätzung der Verwaltung derzeit überwiegend nur die individuellen eigenen Interessen. In der Gruppe erarbeitete Hausregeln finden keine Anwendung, klare Verantwortlichkeiten fehlen.

Die Verwaltung hat daher am 21.04.2021 mit Unterstützung von Pfarrer Mörtter an einem Gesprächstermin auf dem Außengelände mit der Bewohnerschaft teilgenommen. Die klaren Ansagen der Verwaltung führten zwischenzeitlich zu einer Verbesserung der Situation. Ob diese Verbesserung von Dauer ist, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden.

Den Bewohner*innen wurde verdeutlicht, dass das Selbsthilfeprojekt OMZ nur dann eine Zukunft haben kann, wenn die Bewohnerschaft Selbstverwaltung und Selbstverantwortung übernehmen und leben.
Sofern die Verkehrssicherheit weiterhin durch das Verhalten der Bewohnerschaft gefährdet ist, wird die Verwaltung von ihrem Hausrecht Gebrauch machen müssen.

Ausblick:

Die heterogene Gruppe der Bewohner*innen mit sehr großen individuellen Problemlagen erfordert die Unterstützung durch einen Sozialarbeiter*in. Hierbei sind auch besondere kultur- und sprachliche Kompetenzen hinsichtlich der Gruppe der EU- Osteuropäer erforderlich.
Die Verwaltung wird einen geeigneten Träger mit dieser Aufgabe im Umfang einer 0,5 Stelle soziale Arbeit beauftragen.
Die Bewohner*innen erklärten sich mit der Unterstützung durch eine Fachkraft der Sozialarbeit einverstanden, da sie sich mit der Bewältigung der anstehenden Arbeiten überfordert sehen.
Die Diskussion um die Einhaltung einer Hausordnung soll neu aufgenommen werden.
Derzeit prüft die Verwaltung zusammen mit dem Selbsthilfeprojekt welcher mögliche Träger zum Einsatz kommen soll.

Es bleibt abzuwarten, ob die Bewohnerschaft sich unter professioneller Anleitung stabilisiert und es gelingt, eigene Zielvorstellungen weiter zu verfolgen.

Die Verwaltung wird zu diesem Thema weiter berichten.

gez. Dr. Rau